

Erklärung der Bundesregierung abgegeben von Franz Vranitzky: Auszug zur Europapolitik (Wien, 28. Januar 1987)

Legende: Am 28. Januar 1987 betont der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky in eine Regierungserklärung vor dem Nationalrat, wie wichtig die europäische Integrationspolitik für die Koalitionsregierung zwischen der Sozialistischen Partei (SPÖ) und der Volkspartei (ÖVP) ist.

Quelle: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. XVII.; 2. Sitzung. 28.01.1987. Wien.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_der_bundesregierung_abgegeben_von_franz_vranitzky_auszug_zur_europapolitik_wien_28_januar_1987-de-83ca0b73-9af0-4cbd-bad5-224eb5ccbeef.html

Publication date: 05/09/2012

Erklärung der Bundesregierung abgegeben von Franz Vranitzky (Wien, 28. Januar 1987)

[...]

Meine Damen und Herren! Die österreichische Bundesregierung wird ihre Außenpolitik auf den bewährten Grundlagen, die von einem breiten Konsens getragen sind, fortsetzen. Mit der Erfüllung der sich aus seiner Neutralität ergebenden Pflichten und Aufgaben leistet Österreich einen Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa. Eine in diesem Sinne glaubwürdige und berechenbare Außenpolitik, verbunden mit der Treue zu seinen Vertragspflichten, verschafft Österreich auch jenes Vertrauen in der Staatengemeinschaft, das zur Erhaltung seiner Freiheit und Unabhängigkeit notwendig ist.

Die Bundesregierung wird die Nachbarschaftspolitik als eine besonders wichtige Aufgabe weiterentwickeln. Durch ständige Bemühungen um ein freundschaftliches Verhältnis zu allen seinen Nachbarn wird Österreich die gesamteuropäische Kooperation, und zwar über die gesellschaftlichen und ideologischen Trennlinien hinweg, im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich verstärken. Gleichzeitig wird sich die Bundesregierung der Nachbarschaftspolitik bedienen, um Probleme des grenzüberschreitenden Umweltschutzes zu lösen, die als Folge neuer Technologien eine ernste Herausforderung für die Zusammenarbeit der Staaten darstellen.

(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Österreich bekennt sich zur Idee eines vereinten Europas und wird im Einklang mit seinem internationalen Status weiter an den Bemühungen um diese Einigung teilnehmen. Das Fortschreiten auf diesem Weg ist für Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung. Die Ausgestaltung und der Ausbau des Verhältnisses Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft, die heute den Einigungsprozeß hauptsächlich vorantreibt, bilden daher ein zentrales Anliegen der österreichischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik.

(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und neue Integrationsimpulse, die von der Gemeinschaft ausgehen, bedeuten für Österreich ebenso wie für die anderen EFTA-Länder eine große Herausforderung. Die österreichische Bundesregierung ist entschlossen, mit Nachdruck und Initiative an der Verwirklichung eines homogenen europäischen Wirtschaftsraumes im Sinne der Luxemburger Erklärung der EG- und EFTA-Länder von 1984 mitzuarbeiten, um der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft den Zugang zur verstärkten Dynamik der Europäischen Gemeinschaft zu sichern. Damit soll Österreich zu einem Teil des im Entstehen begriffenen europäischen Binnenmarktes werden und einen gebührenden Platz vor allem bei der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie finden.

Auch ein Europa der Bürger, wie es sich zum Beispiel im Abbau von Reisehemmnissen, in Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität oder in einer gegenseitigen Anerkennung von Zeugnissen niederschlägt, muß für die Österreicher offen sein. Es steht wohl außer Zweifel, daß eine Abkoppelung Österreichs von dieser Entwicklung ernste wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche Folgen für Österreich und die Zukunft seiner Jugend haben müßte. Österreich muß sich daher im Kontakt mit seinen EFTA-Partnern um eine weitgehende Teilnahme an der europäischen Integration bemühen.

(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

In ihrer Integrationspolitik wird die Bundesregierung der Sicherung der Interessen der österreichischen Landwirtschaft und den spezifischen Problemen, die Österreich als Transitland zu tragen hat, besondere Aufmerksamkeit widmen.

Wir werden uns, ausgehend von einer Freihandelsposition, an der neuen GATT-Runde beteiligen und außerdem bestrebt sein, die Zusammenarbeit in den internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen zu verstärken.

Österreich wird weiterhin seine Schutzfunktion für die Südtiroler wahrnehmen, um sicherzustellen, daß durch die vollständige Erfüllung von Operationskalender und Autonomiepaket die Existenz und die Entfaltung der Südtiroler als Volksgruppe auf der Grundlage des Pariser Abkommens gewahrt sind.

(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Bundesregierung setzt sich für eine baldige Lösung der noch offenen Fragen im engen Einvernehmen mit den Südtirolern und auf der Grundlage eines breiten innerösterreichischen Konsenses ein. In diesem Zusammenhang wird es ein Anliegen sein, unsere historischen Bindungen zu Südtirol in einem europäischen Geiste zu festigen und die Bekenntnisse zur Zusammengehörigkeit mit echtem Leben zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Mit dem Österreichischen Staatsvertrag wurde der Anstoß zu einem Prozeß der Entspannung gegeben, der für Österreich und seine Entfaltung in Sicherheit und Freiheit von größter Bedeutung war.

Österreich wird daher weiterhin seinen Beitrag zu diesem Prozeß zwischen Ost und West leisten. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist das zentrale Forum für Fortschritte in Richtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Die Bundesregierung wird daher bestrebt sein, durch Initiativen in allen Bereichen Anstöße zur Verstärkung dieser gesamteuropäischen Zusammenarbeit zu geben. Sie wird beim Wiener Folgetreffen alle Anstrengungen unternehmen, um Barrieren, die zwischen den Menschen in Ost- und Westeuropa stehen, abzubauen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten zu stärken und nach Wegen zu suchen, um die gemeinsame Sicherheit auch auf militärischem Gebiet durch Abrüstungsmaßnahmen zu erhöhen. Die Bundesregierung geht davon aus, daß erst die volle Verwirklichung der in der Helsinki-Schlußakte festgelegten Verhaltensnormen jenes zwischenstaatliche Vertrauen erzeugt, das mit eine Voraussetzung für eine langfristige friedliche Entwicklung ist.

(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Welt ist weiterhin durch Kriege, blutige Konflikte und materielle Not erschüttert und gefährdet. Österreich wird sich daher auch weiterhin für die Lösung aller zwischenstaatlichen Konflikte mit ausschließlich friedlichen Mitteln, für die Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte in aller Welt und die Wahrung der Souveränität einsetzen. Die Bundesregierung begrüßt jede Intensivierung des internationalen Abrüstungsdialogs und ist bereit, hierzu konkrete Beiträge zu leisten.

(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Österreich wird seine konstruktive Mitarbeit im System der Vereinten Nationen, aber auch in anderen Organisationen, wie dem Europarat, der OECD und der EFTA, fortsetzen. Als ein an multilateraler Zusammenarbeit interessierter Staat unterstützt Österreich alle Maßnahmen und Reformen, die zur Stärkung der institutionellen Zusammenarbeit auf regionaler und weltweiter Ebene unternommen werden. Österreich begrüßt daher die Vorschläge der Colombo-Kommission zur Stärkung der Effizienz des Europarates, dem nicht zuletzt angesichts neuer Herausforderungen, wie dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, neue Bedeutung zukommt, wie auch jene Bemühungen, die zur Reform der Organisationen des UN-Systems unternommen werden. Die Stellung Wiens als einer der Amtssitze der Vereinten Nationen und als internationaler Konferenzort soll weiter verstärkt werden. Die Bundesregierung beabsichtigt, auch in Zukunft an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen teilzunehmen und so an der Lösung gefährlicher Regionalkonflikte mitzuwirken.

[...]